

## **Ruf nach Bundeskompetenz in der Kinder- und Jugendhilfe wird immer lauter!**

### **Dachverband fordert Bundesministerin Plakolm und die ÖVP zu offenen Gesprächen über bundesweite Steuerung auf.**

Der Dachverband der Österreichischen Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen (DÖJ) erneuert am **Tag der Kinderrechte in Österreich** seinen dringenden Appell an die Bundesregierung, wieder mehr bundesweite Verantwortung in der Kinder- und Jugendhilfe (KJH) zu übernehmen.

Seit Jahren warnt die gesamte Fachwelt davor, dass die vollständige „Verlängerung“ der Kinder- und Jugendhilfe zu **massiven Qualitätsunterschieden, ungleichen Chancen und strukturellen Schief lagen** geführt hat. Dennoch hält der Bund weiterhin daran fest, sich aus der Verantwortung zurückzuziehen.

Obwohl schon bei ihrer Einführung vor fünf Jahren die Kritik aus Wissenschaft, Praxis und Interessensvertretungen massiv war, wurde die Zuständigkeit für KJH trotzdem an die Länder übertragen. Das Ergebnis: ein Flickenteppich unterschiedlicher Praxis und Regelungen, die weder fair noch zukunftsfähig sind.

Bereits **im Regierungsprogramm wurde eine Harmonisierung der Kinder- und Jugendhilfe klar zugesagt** – passiert ist praktisch nichts. Der Sozialausschuss des Nationalrats hat Bundesministerin Claudia Plakolm zuletzt **aufgefordert**, endlich zu handeln. Auch die Grünen verlangen die Rücknahme der „Verlängerung“. Und die aktuelle Diskussion über freiheitsbeschränkende Maßnahmen in der KJH braucht ebenfalls eine bundesweite Lösung.

Weitere Stimmen zeigen die Dringlichkeit des Anliegens:

- **Tirols Landeshauptmann Anton Mattl** sprach sich für ein Bundesmandat bei den Kollektivvertragsverhandlungen in der Sozialwirtschaft aus.
- Die **Volksanwaltschaft** mahnte mehrfach und auch jüngst wieder die Einführung bundesweit einheitlicher Qualitätsstandards in der Kinder- und Jugendhilfe ein.

**„Wie viele Signale braucht es noch, um die Notwendigkeit stärkerer bundesweiter Steuerung endlich anzuerkennen?“**, fragt Gerald **Herowitsch-Trinkl**, Obmann des DÖJ. *„Der DÖJ wie auch FICE-Austria, die Volksanwaltschaft, Netzwerk Kinderrechte, die Kinder- und Jugendanwaltschaften, die Bundes-Jugendvertretung und viele anderen Expert\*innen setzen uns immer wieder für eine österreichweit koordinierte und qualitätsgesicherte Kinder- und Jugendhilfe ein.“*

Von **SPÖ** und **NEOS** ist in dieser Frage kein Gegenwind zu erwarten. Daher richtet der Dachverband einen deutlichen Appell an Bundesministerin Claudia Plakolm und die ÖVP, **offene Gespräche über die Rückkehr zu mehr Bundeskompetenz und Verantwortung aufzunehmen**.

„Kinder- und Jugendhilfe darf nicht vom Wohnort abhängen. Gleiche Chancen und gleiche Qualität für alle Kinder in Österreich müssen unser gemeinsames Ziel sein“, betont der DÖJ abschließend – **und das besonders am Tag der Kinderrechte, den 20.Nov. 2025.**